

Auszug aus dem substanziellen Protokoll 134. Ratssitzung vom 10. März 2021

3666. 2019/355

Weisung vom 04.09.2019:

Rechtskonsulent, Gemeindeordnung, Totalrevision

Redaktionslesung

Die Redaktionskommission (RedK) beantragt einstimmig Zustimmung zur redaktionellen Bereinigung des Gemeinderatsbeschlusses Nr. 3617 vom 3. März 2021:

Zustimmung: Präsident Mark Richli (SP), Referent; Ernst Danner (EVP), Mélissa Dufournet (FDP), Patrick Hadi Huber (SP), Dr. Bernhard im Oberdorf (SVP), Guy Krayenbühl (GLP), Simon Kälin-Werth (Grüne), Mischa Schiwow (AL)

Der Präsident der Redaktionskommission begründet die Anträge der Redaktionskommission.

Mark Richli (SP): *Die Redaktionskommission beriet die Weisung in einer Turbotempo-Übung nochmals – allerdings nur zwei Zeilen. Es geht um die Übergangsbestimmungen, die wir das letzte Mal beschlossen haben. In den Zeilen 440 a und 441 wurden die Artikelnummern bereinigt: Artikel 156^{bis} wurde Art. 157 und aus dem alten Artikel 157 wurde Artikel 158. Ausserdem kam es zu einer kleinen Retusche in der zweitletzten Linie der Zeile 440 a und zu einer Präzisierung des bisherigen Wortlauts. «[U]nd die ihren Wohnsitz bisher ausserhalb der Stadt hatten.» wurde im Sinn einer Präzisierung korrigiert und lautet jetzt: «[U]nd ihren Wohnsitz zu diesem Zeitpunkt ausserhalb der Stadt hatten.» Im Nachgang gab es Diskussionen darüber, ob es sich tatsächlich um eine Präzisierung handelt oder nicht. Das Ganze ist dem engen Zeitplan geschuldet. Ich will explizit und zuhanden des Protokolls festhalten, dass mit «zu diesem Zeitpunkt» «am 1. Januar 2022» gemeint ist. Gemeint ist nicht der Moment, in dem die Personen allenfalls früher zum ersten Mal in ihr Amt gewählt worden sind. Gemeint ist der festgehaltene Tag, der 1. Januar 2022. Das gilt auch für den Wohnsitz. Zuhanden der Presse möchte ich ebenfalls noch etwas festhalten, obwohl ich nur als Präsident der Redaktionskommission spreche und die redaktionelle Bereinigung vorlege. Es ist ein seltener Moment, dass das Parlament die Gemeindeordnung neu beschliesst. Das letzte Mal geschah dies vor über 50 Jahren. Wir befinden uns in einem historischen Moment und ich danke allen im Büro und in allen Beratungsgremien für das intensive Arbeiten in den letzten Jahren.*

Weitere Wortmeldung:

Michael Schmid (FDP): *Ich reagiere auf das abschliessende Votum von Mark Richli (SP), das er nicht in der Funktion des Präsidenten der Redaktionskommission, sondern als Mitglied des Gemeinderats hielt. Es ist ein historischer Moment, dass nach 50 Jah-*

2 / 28

ren wieder eine Totalrevision der Gemeindeordnung stattfindet. Dem können wir uns anschliessen. Das Bedauerliche ist lediglich, dass bereits im stadträtlichen Entwurf und auch danach in der Beratung im Rat von der Zusage und vom gegenseitigen Verständnis abgewichen wurde, dass es sich um eine Nachführung und um Änderungen handelt, die durch das neue Gemeindegesetz und durch den neuen kantonalen Rahmen indiziert sind. Diese Nachführungen und Anpassungen waren aufgrund von neuem übergeordnetem Recht geboten. Die Totalrevision sollte nicht zum Anlass genommen werden, um umstrittene materielle Änderungen vorzunehmen: Dies sollte Gegenstand von separaten Diskussionen und separaten Teilrevisionen sein. In einigen Punkten ist man davon abgewichen, was der Grund ist, warum wir in der Schlussabstimmung die Vorlage schweren Herzens ablehnen werden.

Es werden keine Anträge aus dem Rat gestellt.

Der Rat stimmt dem bereinigten Antrag der RedK stillschweigend zu.

Schlussabstimmung über den bereinigten Dispositivpunkt A

Die Mehrheit des Büros beantragt Zustimmung zum bereinigten Dispositivpunkt A.

Die Minderheit des Büros beantragt Ablehnung des bereinigten Dispositivpunkts A.

Mehrheit:	Mark Richli (SP), Referent; Präsidentin Helen Glaser (SP), 1. Vizepräsident Mischa Schiwow (AL), 2. Vizepräsident Matthias Probst (Grüne), Marco Denoth (SP), Dr. Davy Graf (SP), Guy Krayenbühl (GLP), Markus Kunz (Grüne), Michel Urben (SP)
Minderheit:	Roger Bartholdi (SVP), Referent; Martin Bürki (FDP), Albert Leiser (FDP)
Abwesend:	Stephan Iten (SVP)

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 78 gegen 33 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Schlussabstimmung über den Dispositivpunkt B1

Das Büro beantragt Zustimmung zum Dispositivpunkt B1.

Zustimmung:	Mark Richli (SP), Referent; Präsidentin Helen Glaser (SP), 1. Vizepräsident Mischa Schiwow (AL), 2. Vizepräsident Matthias Probst (Grüne), Roger Bartholdi (SVP), Martin Bürki (FDP), Marco Denoth (SP), Dr. Davy Graf (SP), Stephan Iten (SVP), Guy Krayenbühl (GLP), Markus Kunz (Grüne), Albert Leiser (FDP), Michel Urben (SP)
-------------	--

Der Rat stimmt dem Antrag des Büros mit 112 gegen 0 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Schlussabstimmung über den Dispositivpunkt B2

Das Büro beantragt Zustimmung zum Dispositivpunkt B2.

Zustimmung: Mark Richli (SP), Referent; Präsidentin Helen Glaser (SP), 1. Vizepräsident Mischa Schiow (AL), 2. Vizepräsident Matthias Probst (Grüne), Roger Bartholdi (SVP), Martin Bürki (FDP), Marco Denoth (SP), Dr. Davy Graf (SP), Stephan Iten (SVP), Guy Krayenbühl (GLP), Markus Kunz (Grüne), Albert Leiser (FDP), Michel Urben (SP)

Der Rat stimmt dem Antrag des Büros mit 107 gegen 0 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Schlussabstimmung über den Dispositivpunkt B3

Das Büro beantragt Zustimmung zum Dispositivpunkt B3.

Zustimmung: Mark Richli (SP), Referent; Präsidentin Helen Glaser (SP), 1. Vizepräsident Mischa Schiow (AL), 2. Vizepräsident Matthias Probst (Grüne), Roger Bartholdi (SVP), Martin Bürki (FDP), Marco Denoth (SP), Dr. Davy Graf (SP), Stephan Iten (SVP), Guy Krayenbühl (GLP), Markus Kunz (Grüne), Albert Leiser (FDP), Michel Urben (SP)

Der Rat stimmt dem Antrag des Büros mit 109 gegen 0 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Damit ist beschlossen:

A. Zuhanden der Gemeinde:

Die Gemeindeordnung (AS 101.100) wird gemäss Beilage (Entwurf vom 4. September 2019 mit Änderungen nach Gemeinderatsbeschluss vom 3. und 10. März 2021) neu erlassen.

B. Zur Beschlussfassung in eigener Kompetenz unter Ausschluss des Referendums:

1. Die Motion, GR Nr. 2017/462, von Katharina Prelicz-Huber (Grüne), Markus Kunz (Grüne) und 11 Mitunterzeichnenden vom 20. Dezember 2017 betreffend Schaffung einer rechtlichen Grundlage zur Förderung der Kinder- und Jugendpartizipation wird als erledigt abgeschrieben.
2. Die dringliche Motion, GR Nr. 2018/504, von Walter Angst (AL) und Dr. Jean-Daniel Strub (SP) vom 19. Dezember 2018 betreffend Kompetenzübertragung betreffend Erlass der Verordnung über die familienergänzende Kinderbetreuung an den Gemeinderat wird als erledigt abgeschrieben.
3. Das Postulat, GR Nr. 2017/288, von Urs Helfenstein (SP) und Renate Fischer (SP) vom 30. August 2017 betreffend Ombudsstelle der Stadt, Erweiterung des Handlungsspielraums wird als erledigt abgeschrieben.

Gemeindeordnung der Stadt Zürich

vom 10. März 2021

Die Gemeinde,

gestützt auf Art. 89 Abs. 2 KV und § 4 Abs. 1 Gemeindegesetz vom 20. April 2015,

*beschliesst:***1. Teil: Allgemeine Bestimmungen**

Gegenstand	Art. 1 ¹ Die Gemeindeordnung ist die Verfassung der Stadt Zürich. ² Sie regelt insbesondere die Grundzüge der Organisation der Stadt und die Zuständigkeiten ihrer Organe.
Gemeindeorganisation	Art. 2 ¹ Die Stadt Zürich ist eine politische Gemeinde des Kantons Zürich. ² Sie ist als Parlamentsgemeinde organisiert.
Bezeichnung der Organe	Art. 3 In der Stadt Zürich werden das Gemeindeparlament als Gemeinderat und der Gemeindevorstand als Stadtrat bezeichnet.
Kreise a. Stadtkreise, Stadtplan	Art. 4 ¹ Das Stadtgebiet ist in folgende zwölf Stadtkreise eingeteilt: a. Kreis 1: Altstadt; b. Kreis 2: Enge, Wollishofen und Leimbach; c. Kreis 3: Wiedikon und Friesenberg; d. Kreis 4: Aussersihl; e. Kreis 5: Industriequartier; f. Kreis 6: Unterstrass und Oberstrass; g. Kreis 7: Fluntern, Hottingen, Hirslanden und Witikon; h. Kreis 8: Riesbach; i. Kreis 9: Albisrieden und Altstetten; j. Kreis 10: Wipkingen und Höngg; k. Kreis 11: Oerlikon, Seebach und Affoltern; l. Kreis 12: Schwamendingen. ² Für die Abgrenzung der einzelnen Kreise massgebend ist der im geografischen Informationssystem der Stadt veröffentlichte digitale Stadtplan. ³ Der digitale Stadtplan gemäss Abs. 2 entspricht zum Zeitpunkt des Inkrafttretens dieser Gemeindeordnung dem geltenden, im Stadtarchiv liegenden Stadtplan.
b. Betreibungs- und Stadtamtskreise	Art. 5 ¹ Die Betreibungs- und Stadtamtskreise werden aus den Stadtkreisen gebildet. ² Ein Betreibungs- und Stadtamtskreis kann mehrere Stadtkreise umfassen.
c. Friedensrichterkreise	Art. 6 ¹ Die Friedensrichterkreise werden aus den Stadtkreisen gebildet. ² Ein Friedensrichterkreis kann mehrere Stadtkreise umfassen.
d. Schulkreise	Art. 7 Für die Volksschule bestehen folgende sieben Schulkreise: a. Schulkreis Uto: Stadtkreis 2 und vom Stadtkreis 3 das Gebiet südlich der Birnmensdorferstrasse; b. Schulkreis Letzi: Stadtkreis 9;

- c. Schulkreis Limmattal: Stadtkreise 4 und 5 und vom Stadtkreis 3 das Gebiet nördlich der Birmensdorferstrasse;
 - d. Schulkreis Waidberg: Stadtkreise 6 und 10;
 - e. Schulkreis Zürichberg: Stadtkreise 1, 7 und 8;
 - f. Schulkreis Glattal: Stadtkreis 11;
 - g. Schulkreis Schwamendingen: Stadtkreis 12.
- e. Wahlkreise
- Art. 8 ¹ Für die Wahl der Mitglieder des Gemeinderats bilden die Stadtkreise 1 und 2, 4 und 5 sowie 7 und 8 je einen Wahlkreis; die übrigen Stadtkreise bilden je einen eigenen Wahlkreis.
- ² Für die Wahl der Mitglieder des Stadtrats und der Stadtpräsidentin oder des Stadtpräsidenten bildet das Stadtgebiet einen einzigen Wahlkreis.
- ³ Für die Wahl der Mitglieder der Kreisschulbehörden sowie für deren Präsidentinnen und Präsidenten bilden die Schulkreise die Wahlkreise.
- ⁴ Für die Wahl der Friedensrichterinnen und Friedensrichter bilden die Friedensrichterkreise die Wahlkreise.
- 2. Teil: Aufgaben und Ziele**
- Allgemeines
- Art. 9 ¹ Die Stadt besorgt alle öffentlichen Angelegenheiten, die sie selbst zu ordnen befugt ist oder die ihr der Kanton überträgt.
- ² Sie fördert die Wohlfahrt und das harmonische Zusammenleben ihrer Einwohnerinnen und Einwohner.
- ³ Sie wahrt das Ansehen und die Interessen des Gemeinwesens.
- Natürliche Lebensgrundlagen
- Art. 10 ¹ Die Stadt setzt sich aktiv für den Schutz und die Erhaltung der natürlichen Lebensgrundlagen und für einen schonenden Umgang mit den natürlichen Ressourcen ein.
- ² Sie verpflichtet sich zur Umsetzung einer nachhaltigen Entwicklung.
- ³ Sie setzt sich im Rahmen ihrer Zuständigkeit für die Erreichung der Ziele der 2000-Watt-Gesellschaft ein, insbesondere für:
- a. eine Reduktion des Energieverbrauchs auf 2000 Watt Dauerleistung pro Einwohnerin oder Einwohner;
 - b. eine Reduktion des CO₂-Ausstosses auf eine Tonne pro Einwohnerin oder Einwohner und Jahr;
 - c. die Förderung der Energieeffizienz und der erneuerbaren Energiequellen;
 - d. die Förderung der umweltschonenden Ernährung und die Information über den Einfluss der Ernährung auf das globale Klima.
- ⁴ Sie verzichtet auf neue Beteiligungen und Bezugsrechte an Kernergieanlagen.
- Verkehr
- a. Grundsatz
- Art. 11 ¹ Die Stadt trifft Massnahmen zum Schutz der Bevölkerung vor den negativen Auswirkungen des Verkehrs.
- ² Sie setzt konsequent auf den öffentlichen Verkehr, den Fuss- und den Veloverkehr und fördert insbesondere die Tangentialverbindungen des öffentlichen Verkehrs und ein durchgehendes Veloroutennetz entlang der oder parallel zu den Hauptachsen.
- b. Veloschnellrouten
- Art. 12 ¹ Zu diesem Veloroutennetz gehören auch Veloschnellrouten, die gegenüber Querungen in der Regel vortrittsberechtigt sind.
- ² Die Veloschnellrouten sind grundsätzlich frei vom motorisierten Individualverkehr.

- ³ Der Stadtrat regelt die Ausnahmen, insbesondere für die Anwohnerinnen und Anwohner, das Gewerbe, die Blaulichtorganisationen sowie für mobilitätsbehinderte Personen.
- c. Hochleistungs- und Hauptverkehrsstrassen
- Art. 13 ¹ Der Neu- oder Ausbau von Hochleistungs- und Hauptverkehrsstrassen ist nur unter der Bedingung zulässig, dass sich die Kapazität des gesamten Strassennetzes für den motorisierten Individualverkehr nicht erhöht.
- ² Die Stadt handelt nach diesem Grundsatz im Rahmen ihrer gesetzlichen Möglichkeiten und vertritt ihn gegenüber übergeordneten Stellen.
- Schutz von Grünraum
- Art. 14 ¹ Die Stadt setzt sich aktiv für die Sicherung von öffentlichem Grünraum auf dem gesamten Stadtgebiet und in allen Quartieren ein.
- ² Sie ergreift Massnahmen, um unversiegeltes Land zu schützen und zu vernetzen, um dessen Qualität als Naherholungsgebiet sowie dessen ökologische Funktion langfristig zu gewährleisten.
- ³ Sie sorgt dafür, dass in allen Quartieren ökologisch wertvoller, multifunktionaler und der Nutzungsdichte entsprechender Grünraum besteht.
- Lokale Wirtschaft
- Art. 15 Die Stadt setzt sich aktiv für die lokale Wirtschaft und für günstige Rahmenbedingungen insbesondere für kleine und mittlere Unternehmen (KMU) ein.
- Familienergänzende Betreuung
- Art. 16 ¹ Die Stadt gewährleistet in Zusammenarbeit mit Privaten ein der ausgewiesenen Nachfrage entsprechendes und qualitativ gutes, breit gefächertes Angebot an familienergänzenden Betreuungsmöglichkeiten für Säuglinge, Kinder und Jugendliche bis zum Abschluss der obligatorischen Schulpflicht.
- ² Der Gemeinderat erlässt eine Verordnung, die den Elternbeitrag nach wirtschaftlicher Leistungsfähigkeit und die subventionierten Leistungen regelt.
- Preisgünstiger Wohnraum
- a. Grundsatz
- Art. 17 Die Stadt setzt sich aktiv für den Schutz, die Erhaltung und die Erhöhung des Anteils von preisgünstigen Wohnungen und Gewerberäumen ein und verpflichtet sich dem Ziel einer sozialen Durchmischung in allen Quartieren und der Sicherung von Familienwohnungen.
- b. Massnahmen und Ziele
- Art. 18 ¹ Die Stadt sorgt mit gezielten Massnahmen dafür, dass auch ein genügender Anteil ökologisch vorbildlicher Wohnungen preisgünstig zur Verfügung gestellt wird.
- ² Sie sorgt in Zusammenarbeit mit öffentlichen und privaten Partnerinnen oder Partnern für ein an der Nachfrage orientiertes Angebot an Wohnmöglichkeiten und betreuten Einrichtungen für ältere Menschen.
- ³ Sie sorgt dafür, dass sich die Zahl der Wohnungen im Eigentum von gemeinnützigen Wohnbauträgerinnen oder Wohnbauträgern, die ohne Gewinnabsichten dem Prinzip kostendeckender Mieten verpflichtet sind, stetig erhöht.
- ⁴ Sie strebt bei den Wohnungen gemäss Abs. 3 einen Anteil von einem Drittel an allen Mietwohnungen an; ausgenommen von dieser Berechnung sind Wohnungen und Einfamilienhäuser im selbstgenutzten Eigentum.
- c. Rechenschaftsbericht
- Art. 19 Über das Erreichen dieser Ziele legt der Stadtrat dem Gemeinderat alle vier Jahre Rechenschaft ab, namentlich über:
- die Entwicklung des Anteils der gemeinnützigen und der subventionierten Wohnungen durch Erwerb, Neubau und Ersatzneubau;
 - die Entwicklung des Angebots an Wohnungen für Familien und für ältere Menschen;

	c.	die getroffenen Massnahmen für den Erhalt und die Schaffung preisgünstiger, ökologisch vorbildlicher Wohnungen.
Soziale Durchmischung		Art. 20 Im Interesse einer guten sozialen Durchmischung der städtischen Bevölkerung und der kleingewerblichen Versorgung fördert die Stadt die Bereitstellung von preisgünstigem Wohn- und Gewerberaum.
a. Grundsatz		
b. Wohnraum		Art. 21 ¹ Die Stadt bewirtschaftet und vermietet die im Rahmen des gemeinnützigen Wohnungsbaus erstellten kommunalen Wohnsiedlungen und ihre übrigen Wohnliegenschaften ohne Beanspruchung von Steuergeldern und ohne Gewinnabsicht grundsätzlich nach dem Prinzip der Kostenmiete. ² Sie stützt sich hinsichtlich Investitions- und Kapitalkosten, Abschreibungen und Erneuerungs-Rückstellungen sinngemäss auf die anerkannten Grundsätze der Wohnbauförderung für gemeinnützige Bauträgerinnen und Bauträger. ³ Der Gemeinderat erlässt hierzu eine Verordnung.
c. Gewerberaum		Art. 22 ¹ Die Stadt stellt gezielt preisgünstige Gewerberäume für ertragsschwaches, förderungswürdiges Kleingewerbe zur Verfügung. ² Der Gemeinderat erlässt hierzu eine Verordnung.
d. Ausnahmen		Art. 23 ¹ Spezielle Wohnobjekte, die für die Versorgung der Bevölkerung nicht erforderlich sind, werden durch Genehmigung des Gemeinderats von diesen Bestimmungen ausgenommen. ² Geschäftsräume, die nicht kleingewerblich genutzt werden, sind generell von diesen Bestimmungen ausgenommen.
		3. Teil: Die Stimmberechtigten
		I. Organstellung
Oberstes Organ		Art. 24 ¹ Die Stimmberechtigten sind das oberste Organ der Stadt. ² Sie üben ihr Stimm- und Wahlrecht an der Urne aus.
		II. Politische Rechte
Ausübung der Rechte		Art. 25 ¹ Das Recht, an Abstimmungen und Wahlen der Stadt teilzunehmen und Wahlvorschläge einzureichen, richtet sich nach der Kantonsverfassung ¹ und dem Gesetz über die politischen Rechte ² . ² Das Initiativrecht und das Referendumsrecht richten sich nach dem Gesetz über die politischen Rechte.
Wohnsitzpflicht		Art. 26 Für die Wahl in folgende städtische Organe und Behörden ist der politische Wohnsitz in der Stadt erforderlich: a. Gemeinderat; b. Stadtrat; c. Schulpflege und Kreisschulbehörden; d. Sozialbehörde; e. Kreiswahlbüros; f. Friedensrichterinnen und Friedensrichter;

¹ vom 27. Februar 2005, LS 101.

² vom 1. September 2003, LS 161.

- g. **Betreibungsbeamtinnen und Betreibungsbeamte (Stadtamtsfrauen und Stadtammänner).**
- Wahlleitende Behörde
Art. 27 ¹ Der Stadtrat ist wahlleitende Behörde.
² Er setzt die Abstimmungs- und Wahltermine fest und regelt die Öffnungszeiten der Stimmlokale.
- Urnenwahlen
Art. 28 Die Stimmberechtigten wählen für die gesetzliche Amtsdauer:
a. die Mitglieder des Gemeinderats;
b. die Mitglieder und die Präsidentin oder den Präsidenten des Stadtrats;
c. die Mitglieder und die Präsidentinnen und Präsidenten der Kreisschulbehörden;
d. die Friedensrichterinnen und Friedensrichter;
e. die Betreibungsbeamtinnen und Betreibungsbeamten (Stadtamtsfrauen und Stadtammänner).
- Mehrheitswahlverfahren
a. Stadtrat
Art. 29 Die Erneuerungs- und Ersatzwahlen der Mitglieder des Stadtrats werden mit leeren Wahlzetteln durchgeführt.
- b. übrige Organe
Art. 30 ¹ Für die Erneuerungs- und Ersatzwahlen der übrigen im Mehrheitswahlverfahren zu wählenden Organe gelten die Bestimmungen des Gesetzes über die politischen Rechte über die stille Wahl.
² Sind die Voraussetzungen der stillen Wahl nicht erfüllt, werden gedruckte Wahlvorschläge verwendet.
- Initiative
a. Gegenstände
Art. 31 Mit einer Volksinitiative oder einer Einzelinitiative kann der Erlass, die Änderung oder die Aufhebung eines Beschlusses über alle Gegenstände verlangt werden, die dem obligatorischen oder fakultativen Referendum unterstehen.
- b. Urheberschaft
Art. 32 ¹ Mindestens 3000 Stimmberechtigte können eine Volksinitiative einreichen.
² Eine einzelne Stimmberechtigte oder ein einzelner Stimmberechtigter oder mehrere Stimmberechtigte können eine Einzelinitiative einreichen.
³ Für die vorläufige Unterstützung einer Einzelinitiative ist die Zustimmung von 42 Mitgliedern des Gemeinderats erforderlich.
⁴ Bei Verfehlen des Unterstützungsquorums für die Volksinitiative gemäss Abs. 1 wird das Begehren als Einzelinitiative behandelt.
- c. Einreichung
Art. 33 Volksinitiativen sind beim Stadtrat, Einzelinitiativen bei der Geschäftsleitung des Gemeinderats einzureichen.
- Obligatorisches Referendum
a. allgemeine Zuständigkeit
Art. 34 Die Stimmberechtigten entscheiden über:
a. die Gemeindeordnung;
b. Ausgliederungen von erheblicher Bedeutung, insbesondere, wenn städtische Kernaufgaben betroffen sind oder Vermögenswerte von mehr als Fr. 20 000 000.– übertragen werden;
c. grössere Änderungen an den Kreisgrenzen;
d. Verträge über Änderungen des Stadtgebiets, sofern sie sich auf sehr grosse Flächen oder grössere bewohnte Flächen erstrecken;
e. Verträge mit anderen Gemeinden über die freiwillige Vereinigung mit der Stadt;

- f. Verträge mit Gemeinden über die Zusammenarbeit in Form eines Zweckverbands, einer gemeinsamen Anstalt oder einer juristischen Person des Privatrechts;
- g. Anschluss- und Zusammenarbeitsverträge, wenn die Stadt hoheitliche Befugnisse abgibt oder die damit zusammenhängenden neuen Ausgaben durch die Stimmberechtigten zu bewilligen sind.

b. Ausgaben

Art. 35 ¹ Die Stimmberechtigten entscheiden über:

- a. neue einmalige Ausgaben von mehr als Fr. 20 000 000.– für einen bestimmten Zweck;
- b. neue wiederkehrende Ausgaben von jährlich mehr als Fr. 2 000 000.– für einen bestimmten Zweck;
- c. neue einmalige Ausgaben von mehr als Fr. 20 000 000.– für die Beteiligung an Unternehmen, für Bürgschaften, für Eventualverpflichtungen und für Darlehen;
- d. neue wiederkehrende Ausgaben von jährlich mehr als Fr. 2 000 000.– für Miet-, Pacht- und Baurechtszinsen für ein und dieselbe Liegenschaft;
- e. Schenkungen im Wert von mehr als Fr. 1 000 000.–.

² Die Erhöhung einer von den Stimmberechtigten beschlossenen Ausgabe ohne Änderung des Zwecks untersteht lediglich dem fakultativen Referendum, sofern sie unter den Beträgen gemäss Abs. 1 liegt.

Fakultatives Referendum
a. Gegenstände

Art. 36 Die Stimmberechtigten entscheiden auf Verlangen über Beschlüsse des Gemeinderats, sofern diese nicht durch das übergeordnete Recht oder durch die Gemeindeordnung von der Volksabstimmung ausgenommen sind.

b. Ausnahmen

Art. 37 Folgende Beschlüsse des Gemeinderats sind von der Volksabstimmung ausgenommen:

- a. Wahlen und Personalgeschäfte;
- b. die Festsetzung des Budgets und des Steuerfusses sowie Nachtragskredite und Globalbudget-Ergänzungen;
- c. die Genehmigung der Rechnungen und der Geschäftsberichte;
- d. die Bewilligung von Objektkrediten als Teil eines bewilligten Rahmenkredits;
- e. die Bewilligung von Informatikausgaben;
- f. die Vorfinanzierung von Investitionsvorhaben;
- g. die Genehmigung von Erlassen, Beschlüssen und Wahlakten;
- h. die Kenntnisnahme von Berichten des Stadtrats;
- i. Beschlüsse formeller Natur;
- j. Verfahrensentscheide über die Anwendung der Geschäftsordnung;
- k. parlamentarische Vorstösse;
- l. Verfahrensentscheide bei der Behandlung von Initiativen, insbesondere über deren Gültigkeit;
- m. Behördeninitiativen an den Kantonsrat;
- n. ablehnende Beschlüsse, ausgenommen abgelehnte Volksinitiativen;
- o. Beschlüsse über die Ergreifung des Gemeindereferendums;
- p. Beschlüsse über die Ausrichtung von Teuerungszulagen und die teuerungsbedingte Anpassung der Löhne.

- c. Urheberschaft Art. 38 Eine Volksabstimmung können schriftlich verlangen:
- mindestens 2000 Stimmberechtigte innert 60 Tagen nach der amtlichen Veröffentlichung des Parlamentsbeschlusses (Volksreferendum);
 - ein Drittel der Mitglieder des Gemeinderats innert 14 Tagen nach der Beschlussfassung (Parlamentsreferendum).
- d. Einreichung Art. 39 Volksreferenden sind beim Stadtrat, Parlamentsreferenden bei der Geschäftsleitung des Gemeinderats einzureichen.

4. Teil: Der Gemeinderat

I. Organstellung

- Funktion, Zusammensetzung Art. 40 ¹ Der Gemeinderat ist das Parlament und politische Kontrollorgan der Stadt.
² Er setzt sich aus 125 Mitgliedern zusammen.
- Wahl und Quorum Art. 41 ¹ Die Wahl der Mitglieder des Gemeinderats erfolgt nach dem Verhältniswahlverfahren.
² Die Stimmberechtigten jedes Wahlkreises wählen ihre Vertreterinnen und Vertreter in der Zahl, die der Wohnbevölkerung gemäss der statistischen Erhebung der Stadt per Stichtatum 31. März des Vorwahljahres entspricht.
³ Eine Listengruppe gemäss Gesetz über die politischen Rechte nimmt an der Sitzverteilung nur teil, wenn wenigstens eine ihrer Listen mindestens fünf Prozent aller Parteistimmen des betreffenden Wahlkreises erhalten hat.

II. Organisation

- Geschäftsordnung, Geschäftsleitung Art. 42 ¹ Der Gemeinderat regelt seine Organisation in einer Verordnung (Geschäftsordnung).
² Er bestellt eine Geschäftsleitung.
- Interessenbindungen Art. 43 ¹ Die Mitglieder des Gemeinderats legen ihre Interessenbindungen offen.
² Das Amtsgeheimnis und das Berufsgeheimnis bleiben vorbehalten.
³ Die Geschäftsordnung regelt die Einzelheiten, insbesondere Form und Gegenstand der Offenlegung.
- Parlamentsdienste Art. 44 ¹ Der Ratsbetrieb wird durch verwaltungsunabhängige Parlamentsdienste unterstützt.
² Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Parlamentsdienste dürfen nicht dem Rat angehören.
³ Bei personalrechtlichen Anordnungen der Leiterin oder des Leiters der Parlamentsdienste kann bei der Geschäftsleitung des Gemeinderats ein Begehren um Neubeurteilung gestellt werden; Art. 70 Abs. 1 und 2 gelten sinngemäss.
- Sitzungen
a. Grundsätze Art. 45 ¹ Der Gemeinderat versammelt sich auf Einladung der Präsidentin oder des Präsidenten, sooft es die Geschäfte erfordern.
² Der Stadtrat oder zwanzig Mitglieder des Gemeinderats können schriftlich die Einberufung einer Sitzung beantragen.
³ Zur Gültigkeit der Verhandlungen ist die Anwesenheit der Mehrheit der Mitglieder notwendig.
⁴ Der Gemeinderat erlässt eine gesetzliche Grundlage für ein virtuelles Parlament in ausserordentlichen Lagen.

b. Teilnahme des Stadtrats	<p>Art. 46 ¹ Die Mitglieder des Stadtrats nehmen an den Beratungen des Gemeinderats mit beratender Stimme teil und haben das Recht, Anträge zu stellen.</p> <p>² Sie sind berechtigt, bei der Vertretung ihrer Anträge vor dem Gemeinderat und dessen Kommissionen Sachverständige oder städtische Angestellte beizuziehen.</p>
Kommissionen	<p>Art. 47 Die Kommissionen des Gemeinderats sind:</p> <ol style="list-style-type: none">die Geschäftsleitung;die Rechnungsprüfungskommission;die Geschäftsprüfungskommission;vorberatende Kommissionen;Parlamentarische Untersuchungskommissionen zur Untersuchung einzelner Geschäfte;weitere Kommissionen.
Informationsrechte a. Aktenherausgabe	<p>Art. 48 ¹ Der Stadtrat gibt der Rechnungsprüfungskommission und der Geschäftsprüfungskommission alle für ihre Prüfung erforderlichen Unterlagen heraus.</p> <p>² Soweit es zur Wahrung wichtiger Interessen der Stadt oder Dritter unerlässlich ist, kann der Stadtrat anstelle der Herausgabe einen besonderen Bericht erstatten.</p> <p>³ Schränkt der Stadtrat die Herausgabe von Unterlagen und die Erteilung von Auskünften ein und hält die Rechnungsprüfungskommission oder die Geschäftsprüfungskommission nach Anhörung des Stadtrats und Abwägung der in Frage stehenden Interessen an ihrem Begehren auf Herausgabe der Unterlagen fest, reicht der Stadtrat beim Bezirksrat ohne Verzug ein Gesuch um Entbindung vom Amtsgeheimnis ein.</p> <p>⁴ Bei Genehmigung des Gesuchs stellt er die Akten unverzüglich zur Verfügung.</p>
b. Auskünfte	<p>Art. 49 ¹ Die Rechnungsprüfungskommission und die Geschäftsprüfungskommission sind befugt, zur Überprüfung der Geschäftsführung des Stadtrats im Einvernehmen mit diesem die erforderlichen mündlichen oder schriftlichen Auskünfte einzuholen.</p> <p>² Alle städtischen Behördenmitglieder und Angestellten haben ohne Rücksicht auf das Amtsgeheimnis Auskunft zu erteilen.</p> <p>³ Der Stadtrat darf die Einholung und Erteilung solcher Auskünfte unter Angabe der Gründe einschränken oder verweigern, soweit es zur Wahrung wichtiger Interessen der Stadt oder Dritter geboten ist.</p>
c. Untersuchungskommissionen	<p>Art. 50 Untersuchungskommissionen stehen zu:</p> <ol style="list-style-type: none">die Informationsrechte der Rechnungsprüfungskommission und der Geschäftsprüfungskommission;das Recht auf die Herausgabe sämtlicher für die Untersuchung erforderlicher Akten der Stadtverwaltung;das Recht, nach Anhörung des Stadtrats städtische Angestellte einzuvernehmen.
Vorstösse	<p>Art. 51 Jedes Mitglied des Gemeinderats kann Motionen, Postulate, parlamentarische Initiativen, Interpellationen, Anfragen und weitere in der Geschäftsordnung vorgesehene Vorstösse einreichen.</p>
Antragstellung	<p>Art. 52 ¹ Der Gemeinderat beschliesst auf schriftlichen, begründeten Antrag des Stadtrats.</p> <p>² Handelt es sich um seine Organisation, eine parlamentarische Initiative oder einen Beschlussantrag, beschliesst er auf eigenen Antrag oder auf Antrag einer seiner Kommissionen.</p>

III. Befugnisse

Wahlen	<p>Art. 53 Der Gemeinderat wählt:</p> <ol style="list-style-type: none">aus seiner Mitte die Mitglieder seiner Organe;die Mitglieder der eigenständigen Schulkommissionen, mit Ausnahme der Präsidentin oder des Präsidenten;die Mitglieder der Sozialbehörde, mit Ausnahme der Präsidentin oder des Präsidenten;auf Antrag des Stadtrats die Direktorin oder den Direktor der Finanzkontrolle;die Ombudsperson und deren Stellvertretung;die Datenschutzbeauftragte oder den Datenschutzbeauftragten, wobei der Wahlvorschlag dem Stadtrat vor der Beschlussfassung zur Stellungnahme vorzulegen ist.
Rechtsetzung a. Erlasse	<p>Art. 54 ¹ Der Gemeinderat ist zuständig für den Erlass von Verordnungen. ² Er erlässt insbesondere die wesentlichen Bestimmungen über:</p> <ol style="list-style-type: none">das Arbeitsverhältnis der Angestellten;das Schulwesen;die Organisation des Parlaments;die Entschädigung von Behördenmitgliedern;die Haushaltsführung mit oder ohne Globalbudget;das Polizeiwesen;Gebühren in wesentlicher Höhe.
b. Lohnbestimmungen	<p>Art. 55 Der Gemeinderat ist zuständig für die Festsetzung der Löhne:</p> <ol style="list-style-type: none">der Stadtpräsidentin oder des Stadtpräsidenten und der übrigen Mitglieder des Stadtrats;der Präsidentinnen und Präsidenten der Kreisschulbehörden;der Direktorin oder des Direktors der Finanzkontrolle;der Ombudsperson;der oder des Datenschutzbeauftragten;der Friedensrichterinnen und Friedensrichter.
Raumplanung	<p>Art. 56 ¹ Der Gemeinderat ist zuständig für die Festsetzung:</p> <ol style="list-style-type: none">der kommunalen Richtpläne und Nutzungspläne mit Ausnahme der Werkpläne und der Quartierpläne;der Bau- und Zonenordnung;der Sonderbauvorschriften und Gestaltungspläne. <p>² Er verabschiedet zuhanden des Kantons die regionalen Richtpläne und Nutzungspläne.</p>
Verwaltungszuständigkeit	<p>Art. 57 Der Gemeinderat ist zuständig für:</p> <ol style="list-style-type: none">die Oberaufsicht über die Behörden, die Verwaltung und die weiteren Trägerschaften öffentlicher Aufgaben;die Begutachtung, die Bereinigung und die Antragstellung in Geschäften, die den Stimmberechtigten vorzulegen sind;die Behandlung von Initiativen;die Behandlung parlamentarischer Vorstösse;

- e. die Festlegung der Zahl der Wahlbüromitglieder;
- f. Ausgliederungen, die nicht dem obligatorischen Referendum unterstehen;
- g. kleinere Änderungen an den Kreisgrenzen;
- h. Verträge über Änderungen des Stadtgebiets, sofern sie sich auf kleinere bewohnte Flächen beziehen;
- i. Anschluss- und Zusammenarbeitsverträge mit Gemeinden gemäss seiner Befugnis zur Bewilligung neuer Ausgaben, sofern die Stadt keine hoheitlichen Befugnisse abgibt;
- j. die alleinige Ergreifung des Gemeindereferendums.

Finanzen
a. allgemeine Zuständigkeit

Art. 58 Der Gemeinderat ist zuständig für:

- a. die jährliche Kenntnisnahme des Finanz- und Aufgabenplans;
- b. die jährliche Festsetzung des Budgets;
- c. die Bewilligung von Nachtragskrediten und Globalbudget-Ergänzungen gemäss übergeordnetem und städtischem Recht;
- d. die jährliche Festsetzung des Steuerfusses;
- e. die Bezeichnung von Organisationseinheiten, die ein Globalbudget führen;
- f. die Genehmigung von Abrechnungen über neue Ausgaben, die von den Stimmberechtigten oder vom Gemeinderat beschlossen worden sind, sofern eine Kreditüberschreitung vorliegt;
- g. die jährliche Genehmigung der Jahresrechnung;
- h. die jährliche Genehmigung des Geschäftsberichts.

b. Ausgaben

Art. 59 Der Gemeinderat beschliesst über:

- a. neue einmalige Ausgaben von mehr als Fr. 2 000 000.– bis Fr. 20 000 000.– für einen bestimmten Zweck;
- b. neue einmalige Informatikausgaben von mehr als Fr. 2 000 000.–;
- c. neue wiederkehrende Ausgaben von jährlich mehr als Fr. 100 000.– bis Fr. 2 000 000.– für einen bestimmten Zweck;
- d. neue einmalige Ausgaben von mehr als Fr. 2 000 000.– bis Fr. 20 000 000.– für die Beteiligung an Unternehmen, für Bürgschaften, für Eventualverpflichtungen und für Darlehen;
- e. neue wiederkehrende Ausgaben von jährlich mehr als Fr. 200 000.– bis Fr. 2 000 000.– für Miet-, Pacht- und Baurechtszinsen für ein und dieselbe Liegenschaft;
- f. Schenkungen im Wert von mehr als Fr. 100 000.– bis Fr. 1 000 000.–.

c. Anlagen

Art. 60 Der Gemeinderat beschliesst über:

- a. die Veräusserung von Liegenschaften des Finanzvermögens im Verkehrswert von mehr als Fr. 1 000 000.–;
- b. die tauschweise Abgabe von Liegenschaften des Finanzvermögens im Verkehrswert von mehr als Fr. 2 000 000.–, ausser die Durchführung eines amtlichen Quartierplanverfahrens kann dadurch vermieden werden;
- c. Investitionen in Liegenschaften des Finanzvermögens von mehr als Fr. 2 000 000.–.

d. weitere Geschäfte

Art. 61 Der Gemeinderat beschliesst über:

- a. die Gewährung eines Baurechts bei Liegenschaften im Verkehrswert von über Fr. 1 000 000.–;

- b. die Einräumung von Dienstbarkeiten bei Liegenschaften im Verkehrswert von über Fr. 2 000 000.–, sofern dadurch deren Wert oder Nutzbarkeit wesentlich beeinflusst wird;
- c. die Vorfinanzierung von Investitionsvorhaben.

Ausgabenbremse

Art. 62 ¹ Die folgenden Beschlüsse erfordern die Zustimmung der Mehrheit aller Mitglieder des Gemeinderats oder zwei Drittel der abgegebenen Stimmen:

- a. Ausgaben gemäss Art. 59 lit. a und c und die Festsetzung einzelner Budgetkredite gemäss Art. 58 lit. b insoweit, als sie über den Antrag des Stadtrats hinausgehen;
- b. Nachtragskredite im Sinne von Art. 58 lit. c;
- c. einmalige Ausgaben für einen bestimmten Zweck von mehr als Fr. 5 000 000.– oder wiederkehrende Ausgaben von jährlich mehr als Fr. 500 000.– gemäss Art. 59 lit. a und c.

² Das Zustimmungsquorum gilt auch für Anträge an die Stimmberechtigten zur Bewilligung neuer Ausgaben.

³ Bei der Beschlussfassung und Antragstellung des Gemeinderats zu Initiativen findet dieser Artikel keine Anwendung.

IV. Kinder und Jugendliche

Jugendvorstoss
a. Grundsatz

Art. 63 ¹ Mindestens 60 Kinder und Jugendliche zwischen dem vollendeten 12. und dem vollendeten 18. Altersjahr mit Wohnsitz in der Stadt können beim Ratspräsidium einen Jugendvorstoss im Sinne eines Postulats einreichen.

² Der Gegenstand des Jugendvorstosses muss in der Zuständigkeit des Gemeinderats liegen.

³ Ausserhalb der gemeinderätlichen Zuständigkeit können Anliegen als Petition bei der zuständigen Behörde eingereicht werden.

b. Verfahren

Art. 64 ¹ Der Jugendvorstoss ist im Rahmen einer Versammlung von einer Mehrheit der Teilnehmenden zu beschliessen.

² Der Text des Jugendvorstosses hat einen Antrag und eine Begründung zu enthalten und ist von den Jugendlichen eigenhändig zu unterschreiben unter Angabe des Namens, der Adresse und des Geburtsdatums.

³ Der Gemeinderat regelt die Einzelheiten des Verfahrens in der Geschäftsordnung.

5. Teil: Die Behörden

I. Allgemeines

Geschäftsführung,
Verwaltungsorganisa-
tion

Art. 65 ¹ Die Behörden beachten für ihre Geschäftsführung die Vorgaben des Gemeindegesetzes³, der weiteren kantonalen Erlasse und der entsprechenden Behördenerlasse.

² Sie sorgen für eine effiziente, transparente und dienstleistungsorientierte Verwaltungsorganisation.

Interessenbindun-
gen

Art. 66 ¹ Die Mitglieder der Behörden legen ihre Interessenbindungen offen.

² Insbesondere geben sie Auskunft über:

- a. ihre beruflichen Tätigkeiten;
- b. ihre Mitgliedschaften in Organen und Behörden der Gemeinden, des Kantons und des Bundes;

³ vom 20. April 2015, LS 131.1.



c. ihre Organstellungen in und ihre wesentlichen Beteiligungen an Organisationen des privaten Rechts.

³ Der jeweilige Organisationserlass regelt die Einzelheiten, insbesondere die Art der Veröffentlichung und die regelmässige Aktualisierung der Angaben.

⁴ Die Mitglieder der Behörden üben ihr Amt ohne Instruktionen aus.

Beschlussfassung	<p>Art. 67 ¹ Eine Behörde ist beschlussfähig, wenn die Mehrheit ihrer Mitglieder anwesend ist.</p> <p>² Jedes Mitglied ist zur Stimmabgabe verpflichtet.</p> <p>³ Die Behörde trifft ihre Entscheide nach gemeinsamer Beratung als Kollegium.</p> <p>⁴ Die Mitglieder vertreten die Entscheide des Kollegiums.</p>
Beratende Gremien und Sachverständige	<p>Art. 68 Die Behörden können für die Vorberatung und die Begutachtung bestimmter Geschäfte Sachverständige beiziehen, beratende Kommissionen bilden oder vorberatende Delegationen einsetzen.</p>
Aufgabenübertragung	<p>Art. 69 Die Behörden können beschliessen, dass bestimmte Aufgaben einzelnen Mitgliedern oder Ausschüssen von Mitgliedern der Behörde zur selbstständigen Erledigung übertragen werden, und legen deren Finanzbefugnisse fest.</p>
Begehren um Neubeurteilung	<p>Art. 70 ¹ Bei der zuständigen Behörde kann innert 30 Tagen seit Mitteilung oder Veröffentlichung einer Anordnung oder eines Erlasses schriftlich wie folgt ein Begehren um Neubeurteilung gestellt werden:</p> <ul style="list-style-type: none">a. nach Massgabe des Gemeindegesetzes, sofern kein anderes kantonales Verfahren vorgeschrieben ist;b. gemäss einer entsprechenden Bestimmung in der Gemeindeordnung oder in einer Verordnung, sofern das kantonale Recht die Neubeurteilung nicht ausschliesst. <p>² Das Verfahren der Neubeurteilung richtet sich nach dem Gemeindegesetz und dem Verwaltungsrechtspflegegesetz⁴ sowie nach den städtischen Bestimmungen.</p> <p>³ Der Stadtrat entscheidet über Begehren um Neubeurteilung nach Vernehmlassung des betreffenden Departements und der Rechtskonsulentin oder des Rechtskonsulenten auf Antrag der Vorsteherin oder des Vorstehers eines nicht beteiligten Departements.</p>
II. Der Stadtrat	
A. Organisation	
Zusammensetzung	<p>Art. 71 Der Stadtrat besteht aus der Stadtpräsidentin oder dem Stadtpräsidenten und acht weiteren Mitgliedern.</p>
Stadtpräsidium	<p>Art. 72 ¹ Die Stadtpräsidentin oder der Stadtpräsident führt bei den Verhandlungen des Stadtrats den Vorsitz.</p> <p>² Ihr oder ihm steht die Geschäftsleitung und die allgemeine Aufsicht über die gesamte städtische Verwaltung zu.</p>
Departemente a. Zuweisung	<p>Art. 73 ¹ Der Stadtrat weist jedem seiner Mitglieder ein Departement zu.</p> <p>² Ein Mitglied des Stadtrats ist nicht verpflichtet, länger als zwei Amtsdauern dem gleichen Departement vorzustehen.</p>

⁴ vom 24. Mai 1959, LS 175.2.

b. Aufgabenverteilung	<p>Art. 74 Der Stadtrat beachtet bei der Aufgabenverteilung auf die Departemente insbesondere folgende Kriterien:</p> <ul style="list-style-type: none"> a. Zusammenhang der Aufgaben; b. Zweckmässigkeit der Führung sowie Ausgewogenheit der Belastung seiner Mitglieder; c. sachliche und politische Ausgewogenheit.
Weisungsrecht	<p>Art. 75 Der Stadtrat kann den Departementsvorsteherinnen und Departementsvorstehern für die Erledigung von Geschäften Weisungen erteilen; ausgenommen ist die Anstellung von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern.</p>
Unvereinbarkeit	<p>Art. 76 ¹ Das Amt eines Mitglieds des Stadtrats ist unvereinbar mit einer anderen entlohnten Stelle.</p> <p>² Die Mitglieder des Stadtrats dürfen weder Aufsichts- noch Führungsgremien von juristischen Personen angehören, die die Erzielung eines Gewinns anstreben.</p> <p>³ Mitgliedschaften in Gremien, die von Amts wegen als Abordnung der öffentlichen Hand wahrgenommen werden, sind zulässig.</p> <p>⁴ Mitglieder des Stadtrats dürfen weder den eidgenössischen Räten noch dem Kantonsrat angehören.</p>
Stadtschreiberin oder Stadtschreiber	<p>Art. 77 ¹ Die Stadtschreiberin oder der Stadtschreiber leitet die Stadtkanzlei.</p> <p>² Ihr oder ihm obliegen die Organisation der Abstimmungen und Wahlen und die Besorgung der weiteren vom Stadtrat übertragenen Aufgaben.</p> <p>³ Die Stadtschreiberin oder der Stadtschreiber nimmt an den Sitzungen des Stadtrats mit beratender Stimme teil.</p>
Rechtskonsultantin oder Rechtskonsulent	<p>Art. 78 ¹ Die Rechtskonsultantin oder der Rechtskonsulent berät den Stadtrat in Rechtsfragen und führt die ihr oder ihm vom Stadtrat übertragenen Prozesse.</p> <p>² Die Rechtskonsultantin oder der Rechtskonsulent nimmt an den Sitzungen des Stadtrats mit beratender Stimme teil.</p>
<p>B. Befugnisse</p>	
Zuständigkeit a. Grundsatz	<p>Art. 79 ¹ Der Stadtrat ist zuständig für die Führung, die Aufsicht und die politische Planung.</p> <p>² Er trägt die Verantwortung für den Gemeindehaushalt und für die Aufgaben, die ihm durch die eidgenössische und kantonale Gesetzgebung oder die Behörden des Bundes, des Kantons oder des Bezirks übertragen werden.</p> <p>³ Er besorgt alle Angelegenheiten, soweit das kantonale Recht oder die Gemeindeordnung eine solche keinem anderen Organ zuweist.</p>
b. Delegation an untere Instanzen	<p>Art. 80 Der Stadtrat kann seine Befugnisse massvoll und stufengerecht an untere Instanzen delegieren, soweit es sich nicht um unübertragbare Befugnisse handelt.</p>
Wahlen und Anstellungen a. Stadtratsmitglieder	<p>Art. 81 Der Stadtrat bestimmt aus seiner Mitte:</p> <ul style="list-style-type: none"> a. die Präsidentin oder den Präsidenten der Sozialbehörde sowie eine Stellvertretung für längere Abwesenheiten; b. die Präsidentin oder den Präsidenten der Schulpflege sowie eine Stellvertretung für längere Abwesenheiten; c. die Präsidentin oder den Präsidenten der Schulkommission für die Fachschule Viventa sowie eine Stellvertretung für längere Abwesenheiten;

- d. die Präsidentin oder den Präsidenten der Schulkommission Musikschule Konservatorium Zürich sowie eine Stellvertretung für längere Abwesenheiten;
 - e. die Vertretungen des Stadtrats in anderen Organen.
- b. Organisationen, Kreiswahlbüros
- Art. 82 Der Stadtrat bezeichnet oder wählt:
- a. die Vertretungen in Organisationen des öffentlichen oder privaten Rechts, soweit das Organisationsrecht dieser Organisationen die Zuständigkeit nicht anders regelt;
 - b. die Mitglieder der Kreiswahlbüros sowie deren Präsidentinnen oder Präsidenten und Sekretärinnen oder Sekretäre einschliesslich der Stellvertretungen.
- c. Angestellte
- Art. 83 Der Stadtrat stellt an:
- a. die Stadtschreiberin oder den Stadtschreiber;
 - b. die Rechtskonsultantin oder den Rechtskonsulenten;
 - c. das übrige Personal der Stadtverwaltung, soweit die Anstellung nicht einem anderen Organ übertragen oder an eine untere Instanz delegiert wird.
- Vertretung
- Art. 84 Die Mitglieder des Stadtrats vertreten die Behörde vor dem Gemeinderat und die Stadt im Verkehr mit den kantonalen und eidgenössischen Behörden sowie nach aussen.
- Antragstellung, Geschäftsvorbereitung
- Art. 85 ¹ Dem Stadtrat stehen zu:
- a. die Vorberatung aller Vorlagen und die Antragstellung zu Geschäften des Gemeinderats;
 - b. die Wahrnehmung des Doppelantragsrechts;
 - c. die Ausarbeitung der Abstimmungserläuterungen an die Stimmberechtigten, sofern der Gemeinderat nichts anderes beschliesst.
- ² Er achtet bei der Vorbereitung der Geschäfte gemäss Abs. 1 lit. a sowie beim Erlass seiner Reglemente auf die Regulierungsfolgen für KMU.
- ³ Er kann seine Anträge an den Gemeinderat bis zur Beratung im Plenum zurückziehen.
- Rechtsetzung
- Art. 86 ¹ Der Stadtrat ist zuständig für den Erlass von Reglementen und Ausführungsbestimmungen.
- ² Er erlässt insbesondere Bestimmungen über:
- a. den Vollzug von übergeordnetem Recht;
 - b. die Organisation und die Leitung der Verwaltung;
 - c. die Aufgabenübertragung an Angestellte, soweit nicht ein anderes Organ zuständig ist;
 - d. Gebühren, soweit nicht der Gemeinderat zuständig ist.
- Raumplanung
- Art. 87 Der Stadtrat besorgt die durch das Planungs- und Baugesetz⁵ den regionalen Behörden überbundenen Aufgaben, soweit die Gemeindeordnung nichts anderes bestimmt.
- Prozessführung
- Art. 88 ¹ Der Stadtrat führt alle Prozesse und Rechtsmittelverfahren in seinem Zuständigkeitsbereich.

⁵ vom 7. September 1975, LS 700.1.



² Bei Rekursen gegen Beschlüsse der Stimmberechtigten und des Gemeinderats steht dem Stadtrat das Recht zur Vernehmlassung zu, wenn der Gemeinderat nichts anderes beschliesst.

Verwaltungszuständigkeiten

Art. 89 Der Stadtrat kann folgende Verwaltungsbefugnisse nicht an untere Instanzen übertragen:

- a. die Bestimmung des Publikationsorgans;
- b. die Erteilung des Bürgerrechts;
- c. die Beschlussfassung über Anschluss- und Zusammenarbeitsverträge gemäss seiner Befugnis zur Bewilligung neuer Ausgaben, sofern die Stadt keine hoheitlichen Befugnisse abgibt;
- d. die Unterstützung des Gemeindereferendums.

Finanzen
a. unübertragbare Befugnisse

Art. 90 Der Stadtrat kann folgende Finanzbefugnisse nicht an untere Instanzen übertragen:

- a. die Beschlussfassung über den Finanz- und Aufgabenplan;
- b. die Erstellung der Jahresrechnung und des Budgets;
- c. die Bewilligung von dringlichen Nachtragskrediten und Globalbudget-Ergänzungen, für die der Stadtrat um die nachträgliche Genehmigung durch den Gemeinderat ersucht;
- d. die Genehmigung von Abrechnungen über neue Ausgaben, die von den Stimmberechtigten oder dem Gemeinderat bewilligt wurden, sofern keine Kreditüberschreitung vorliegt;
- e. die Beschlussfassung über die Kapitalaufnahme.

b. Informatikausgaben

Art. 91 ¹ Der Stadtrat ist für die Bewilligung der Informatikausgaben zuständig.

² Die Zuständigkeit für neue einmalige Ausgaben richtet sich nach Art. 59 lit. b.

C. Unterstellte Organe

Stadtrichteramt

Art. 92 ¹ Der Stadtrat ernennt Angestellte des Stadtrichteramts, denen folgende Aufgaben übertragen sind:

- a. das Recht zur Verhängung von Bussen;
- b. die direkte Antragstellung bei den Gerichten.

² Diesen Angestellten dürfen keine Weisungen über die materielle Erledigung einzelner Geschäfte erteilt werden.

³ Der Stadtrat regelt die administrative Unterstellung in einem Reglement.

III. Schulwesen

A. Organisation

Schulbereiche

Art. 93 Das Schulwesen umfasst:

- a. die öffentliche Volksschule gemäss kantonalem Recht sowie gemeindeeigene Angebote zur Erfüllung oder Ergänzung der Volksschulpflicht;
- b. Einrichtungen zur Betreuung und Verpflegung von Schülerinnen und Schülern der Volksschule, wobei die Inanspruchnahme dieser Einrichtungen freiwillig ist;
- c. die Fachschule Viventa (Berufsvorbereitung, Integration, Erwachsenen- und Berufsbildung);
- d. die Musikschule Konservatorium Zürich;
- e. vom Gemeinderat bezeichnete Sonderschulen und weitere von diesem bezeichnete gemeindeeigene Schulen.

Schulbehörden	<p>Art. 94 ¹ Schulbehörden sind:</p> <ol style="list-style-type: none">die Schulpflege;die Kreisschulbehörden;die Schulkommission für die Fachschule Viventa;die Schulkommission Musikschule Konservatorium Zürich. <p>² Die Schulbehörden fördern ein zeitgemässes und leistungsfähiges Schulwesen.</p> <p>³ Der Gemeinderat kann Aufgaben und Organisation näher umschreiben.</p> <p>⁴ Er erlässt Bestimmungen über die Elternmitwirkung und regelt die Entschädigung der Mitglieder der Schulbehörden.</p>
Organisations- erlasse	<p>Art. 95 ¹ Die Schulbehörden regeln ihre Organisation in Behördenerlassen.</p> <p>² Für die Kreisschulbehörden setzt die Schulpflege eine Rahmenordnung fest.</p>
Aufgabenübertra- gung	<p>Art. 96 ¹ Die Schulbehörden können mit dem Einverständnis der Departementsvorsteherin oder des Departementsvorstehers Angestellten des zuständigen Departements Aufgaben zur selbstständigen Erledigung übertragen.</p> <p>² Überdies können die Kreisschulbehörden Angestellten ihres Schulkreises Aufgaben zur selbstständigen Erledigung übertragen.</p> <p>³ Die Schulbehörden regeln Aufgaben und Entscheidungsbefugnisse in Behördenerlassen.</p>
Präsidialbefug- nisse	<p>Art. 97 Dem zuständigen Mitglied des Stadtrats kommen folgende Präsidialbefugnisse zu:</p> <ol style="list-style-type: none">Vorsitz bei Verhandlungen der gesamtstädtischen Schulbehörden, Geschäftsleitung und allgemeine Aufsicht über das Schulwesen;Bezeichnung der Sekretärinnen und Sekretäre der gesamtstädtischen Schulbehörden in Absprache mit der jeweiligen Behörde;regelmässig über den Geschäftsgang der Schulbehörden informiert zu werden und Berichte einzufordern;Teilnahme an den Sitzungen der Schulbehörden, wobei sie oder er sich vertreten lassen oder die Protokolle einsehen kann;anstelle der Kreisschulbehörden zu handeln, wenn diese ihre Pflichten zum Vollzug der Gesetze nicht erfüllen.
Schulleitungen	<p>Art. 98 ¹ Den Schulen der öffentlichen Volksschule mit ihren Betreuungseinrichtungen und den gemeindeeigenen Schulen stehen Schulleitungen vor.</p> <p>² Der Gemeinderat regelt die Aufgaben und Entscheidungsbefugnisse der Schulleitungen, soweit sich diese nicht aus dem übergeordneten Recht ergeben.</p>
Schulkonvente	<p>Art. 99 ¹ Das Schulpersonal ist in Konventen zusammengeschlossen.</p> <p>² Der Gemeinderat regelt Zusammensetzung, Aufgaben und Organisation.</p>
Zusammenset- zung	<p>B. Schulpflege</p> <p>Art. 100 ¹ Die Schulpflege besteht aus dem zuständigen Mitglied des Stadtrats als Schulpräsidentin oder Schulpräsident (Vorsitz) und den Präsidentinnen und Präsidenten der Kreisschulbehörden.</p> <p>² Sie wählt die Vizepräsidentin oder den Vizepräsidenten.</p> <p>³ Die Vizepräsidentin oder der Vizepräsident vertritt die Präsidentin oder den Präsidenten bei kurzen Abwesenheiten.</p>

⁴ An den Sitzungen nehmen die Sekretärin oder der Sekretär der Schulpflege sowie gemäss den Bestimmungen des Gemeinderats je eine Vertretung der Schulleitungen und der Lehrpersonen mit beratender Stimme teil.

Aufgaben

Art. 101 ¹ Die Schulpflege ist die gesamtstädtische Schulbehörde, soweit nicht eigenständige Schulkommissionen zuständig sind.

² Sie sorgt für die einheitliche sowie rechtmässige und angemessene Anwendung der kantonalen und städtischen Bestimmungen in den Schulkreisen und erstellt eine gesamtstädtische Schulplanung.

³ Sie erfüllt in eigener Kompetenz folgende Aufgaben:

- a. die Koordination der Tätigkeiten der Kreisschulbehörden;
- b. den Erlass von Reglementen oder Ausführungsbestimmungen über das Volksschul- und Betreuungswesen im Rahmen des kantonalen Rechts und der Bestimmungen des Gemeinderats;
- c. die Beschlussfassung über schulische Pilotprojekte, soweit sie ihre Ausgabenkompetenzen nicht übersteigt;
- d. das Verfassen des Geschäftsberichts über die Volksschule zuhanden des Gemeinderats;
- e. die Vertretung der städtischen Volksschule nach aussen, insbesondere durch das Verfassen von gesamtstädtischen Vernehmlassungen und Stellungnahmen in Schulsachen zuhanden der kantonalen Behörden;
- f. die Beaufsichtigung der vom zuständigen Departement geführten Sonderschulen und weiteren gesamtstädtischen sonderpädagogischen Angeboten, die Förderung von deren Qualität und die Sicherstellung der Zusammenarbeit mit der Regelschule.

Ausgaben

Art. 102 ¹ Der Schulpflege stehen im Rahmen ihrer Aufgaben folgende Befugnisse zu:

- a. der Ausgabenvollzug;
- b. die Bewilligung gebundener Ausgaben;
- c. die Bewilligung von neuen einmaligen Ausgaben bis Fr. 1 000 000.– für einen bestimmten Zweck und von neuen wiederkehrenden Ausgaben bis jährlich Fr. 100 000.– für einen bestimmten Zweck.

² Sie kann ihre Befugnisse in einem Behördenerlass massvoll und stufengerecht übertragen, insbesondere an die Präsidentinnen und Präsidenten der Kreisschulbehörden für die Belange ihres Schulkreises.

Antragstellung

Art. 103 ¹ Die Schulpflege stellt dem Stadtrat Antrag über:

- a. den Finanz- und Aufgabenplan, das Budget und die Jahresrechnung;
- b. Beschlüsse über neue Ausgaben, die die Zuständigkeit der Schulpflege übersteigen;
- c. den Bau, den Erwerb und die Abtretung von Schulbauten und Schulanlagen sowie die gesamtstädtische Schulraumplanung;
- d. die Schaffung neuer Stellen für den Schulbetrieb;
- e. Berichte, Anträge und Antworten zu Initiativen und Vorstössen im Gemeinderat;
- f. den Erlass von Bestimmungen über das Volksschulwesen, die in die Zuständigkeit des Gemeinderats oder des Stadtrats fallen, insbesondere der Bestimmungen über die Anstellung und Löhne der Lehrpersonen sowie über die Erhebung von Gebühren wie Schul- und Kursgelder.

² Bei Geschäften zuhanden des Gemeinderats entscheidet der Stadtrat, ob er sie dem Gemeinderat unterbreitet.

C. Kreisschulbehörden

Zusammensetzung	<p>Art. 104 ¹ Für jeden Schulkreis wird eine Kreisschulbehörde gewählt.</p> <p>² Die Kreisschulbehörden bestehen aus der Präsidentin oder dem Präsidenten der Kreisschulbehörde (Vorsitz) und 24 weiteren Mitgliedern.</p> <p>³ Der Gemeinderat regelt die Vertretung der Lehrpersonen und der Schulleitungen an den Sitzungen der Kreisschulbehörden.</p>
Aufgaben a. Gesamtbehörden	<p>Art. 105 ¹ Die Kreisschulbehörden leiten und beaufsichtigen das Schulwesen ihres Schulkreises, soweit dafür nicht ein anderes Organ zuständig ist.</p> <p>² Ihnen obliegt im Rahmen des übergeordneten Rechts und nach Massgabe der Bestimmungen des Gemeinderats insbesondere:</p> <ul style="list-style-type: none"> a. die Aufsicht über die Schulen mit ihren Schulleitungen, Lehrpersonen, Betreuungsmitarbeitenden und weiteren Mitarbeitenden; b. die Beurteilung der Schulleitungen; c. die Genehmigung des Schulprogramms und weiterer Führungsdokumente der Schulen; d. die Abnahme der Rechenschaftslegung der Schulen.
b. Präsidien	<p>Art. 106 ¹ Die Präsidentin oder der Präsident der Kreisschulbehörde leitet die Gesamtbehörde.</p> <p>² Ihr oder ihm obliegen im Rahmen des übergeordneten Rechts und nach Massgabe der Bestimmungen des Gemeinderats in eigener Kompetenz:</p> <ul style="list-style-type: none"> a. die Anstellung und Entlassung der Schulleitungen, der Lehrpersonen, der Betreuungsmitarbeitenden und der weiteren Mitarbeitenden sowie deren Zuteilung an die Schulen; b. die Zuteilung der Schülerinnen und Schüler zu den Schulen; c. die Disziplinarmassnahmen gegen Schülerinnen und Schüler; d. die Anordnung sonderpädagogischer Massnahmen; e. die Zuweisung der Schulräume und Bewilligung der Nutzung von Schulanlagen zu ausserschulischen Zwecken.
Antragstellung, Information	<p>Art. 107 ¹ Die Kreisschulbehörden können bei der Schulpflege Geschäfte zur Behandlung anregen und Anträge stellen.</p> <p>² Die Präsidentin oder der Präsident der Kreisschulbehörde ist verpflichtet, von der Kreisschulbehörde beschlossene Anträge zuhanden der Schulpflege an diese weiterzuleiten.</p> <p>³ Sie oder er orientiert die Kreisschulbehörde regelmässig über die Beschlüsse der Schulpflege, die von gesamtstädtischer Bedeutung sind oder die Kreisschulbehörde unmittelbar betreffen.</p>
Rechtsmittel	<p>Art. 108 ¹ Gegen Beschlüsse der Gesamtbehörde gemäss Art. 105 sowie gegen Anordnungen von deren Präsidentin oder Präsidenten gemäss Art. 106 kann Rekurs gemäss kantonalem Recht eingelegt werden.</p> <p>² Eine vorgängige stadtinterne Neuurteilung ist ausgeschlossen.</p> <p>³ Bei Anordnungen in Anwendung des Personalrechts⁶ kann beim Stadtrat ein Begehren um Neuurteilung gestellt werden.</p>

⁶ vom 6. Februar 2002, AS 177.100.

D. Schulkommissionen

Bestand	<p>Art. 109 Es bestehen folgende eigenständige Schulkommissionen:</p> <ol style="list-style-type: none">Schulkommission für die Fachschule Viventa;Schulkommission Musikschule Konservatorium Zürich.
Zusammensetzung	<p>Art. 110 ¹ Die Schulkommissionen bestehen aus dem zuständigen Mitglied des Stadtrats als Präsidentin oder Präsident und je siebzehn weiteren Mitgliedern.</p> <p>² Der Gemeinderat wählt die Mitglieder der eigenständigen Schulkommissionen, einschliesslich einer Vizepräsidentin oder eines Vizepräsidenten.</p> <p>³ Die Vizepräsidentin oder der Vizepräsident vertritt die Präsidentin oder den Präsidenten bei kurzen Abwesenheiten.</p> <p>⁴ An den Sitzungen nehmen die Sekretärin oder der Sekretär der Schulkommission, die Leiterin oder der Leiter der Schule sowie gemäss den Bestimmungen des Gemeinderats je eine Vertretung der Lehrpersonen der unterstellten Schule sowie der Volksschule mit beratender Stimme teil.</p>
Aufgaben	<p>Art. 111 Den Schulkommissionen stehen zu:</p> <ol style="list-style-type: none">die Aufsicht über die jeweils unterstellte Schule, die Förderung von deren Qualität und die Sicherung der Zusammenarbeit mit der Volksschule und deren Behörden;der Erlass der Reglemente, Lehrpläne, Ausbildungskonzepte und weiterer Vorschriften im Rahmen der Bestimmungen des Gemeinderats;das Verfassen des Geschäftsberichts zuhanden des Gemeinderats;Beschlüsse über die Durchführung von Schulversuchen, soweit sie die Ausgabenkompetenz der Schulkommission nicht übersteigen.
Ausgaben	<p>Art. 112 ¹ Den Schulkommissionen stehen im Rahmen ihrer Aufgaben folgende Befugnisse zu:</p> <ol style="list-style-type: none">der Ausgabenvollzug;die Bewilligung gebundener Ausgaben;die Bewilligung von neuen einmaligen Ausgaben bis Fr. 1 000 000.– für einen bestimmten Zweck und von neuen wiederkehrenden Ausgaben bis jährlich Fr. 100 000.– für einen bestimmten Zweck. <p>² Sie können ihre Befugnisse in einem Behördenerlass massvoll und stufengerecht übertragen.</p>
Antragstellung	<p>Art. 113 ¹ Die Schulkommissionen stellen dem Stadtrat Antrag über:</p> <ol style="list-style-type: none">den Finanz- und Aufgabenplan, das Budget und die Jahresrechnung;Beschlüsse über neue Ausgaben, die die Zuständigkeit der Schulkommissionen übersteigen;den Bau, den Erwerb und die Abtretung von Schulbauten und Schulanlagen;die Schaffung neuer Stellen für Lehrpersonen;Berichte, Anträge und Antworten zu Initiativen und Vorstössen im Gemeinderat;den Erlass von Bestimmungen, die in die Zuständigkeit des Gemeinderats oder des Stadtrats fallen, insbesondere über die Anstellung und Löhne der Lehrpersonen sowie über die Erhebung von Gebühren wie Schul- und Kursgelder. <p>² Bei Geschäften zuhanden des Gemeinderats entscheidet der Stadtrat, ob er sie dem Gemeinderat unterbreitet.</p>

IV. Sozialbehörde

Zusammensetzung	Art. 114 Die Sozialbehörde besteht aus dem zuständigen Mitglied des Stadtrats als Präsidentin oder Präsident und acht weiteren Mitgliedern.
Aufgaben a. Sozialhilfe	Art. 115 ¹ Die Sozialbehörde besorgt folgende Aufgaben: a. die Erfüllung der Aufgaben gemäss Sozialhilfegesetz ⁷ , ausgenommen im Asylbereich; b. den Erlass von Richtlinien zur einheitlichen Gewährleistung der persönlichen Hilfe und Durchführung der wirtschaftlichen Hilfe; c. Entscheide über Ausnahmefälle von grundsätzlicher Bedeutung. ² Sie überträgt Angestellten des zuständigen Departements Aufgaben im Sozialhilfebereich zur selbstständigen Erledigung. ³ Sie regelt in einem Behördenerlass Aufgaben und Entscheidungsbefugnisse.
b. Asylbereich	Art. 116 Die Sozialbehörde besorgt folgende Aufgaben im Asylbereich: a. den Erlass von Richtlinien zur einheitlichen Gewährleistung der persönlichen Hilfe und Durchführung der wirtschaftlichen Hilfe durch die Asyl-Organisation Zürich; b. Entscheide über Ausnahmefälle von grundsätzlicher Bedeutung; c. die Neubeurteilung von Anordnungen von Angestellten der Asyl-Organisation Zürich über die Ausrichtung von persönlicher und wirtschaftlicher Hilfe.
c. Inspektorat	Art. 117 Die Sozialbehörde ist zuständig für die Bewilligung und die Erteilung von Ermittlungsaufträgen an und die fachliche Aufsicht über das Inspektorat.
Antragstellung	Art. 118 ¹ Die Sozialbehörde stellt dem Stadtrat Antrag über Geschäfte, die nicht in ihren abschliessenden Zuständigkeitsbereich fallen. ² Bei Geschäften zuhanden des Gemeinderats entscheidet der Stadtrat, ob er sie dem Gemeinderat unterbreitet.

V. Städtische Angestellte

Arbeitsverhältnis	Art. 119 ¹ Das Arbeitsverhältnis der Angestellten ist öffentlich-rechtlich. ² Es wird vom Gemeinderat in Verordnungen geregelt. ³ Der Stadtrat erlässt Vollzugsbestimmungen.
Grundsätze	Art. 120 ¹ Die Verordnungen des Gemeinderats umfassen die Grundsätze der Personalpolitik sowie Bestimmungen über die Begründung, die Dauer und die Beendigung der Arbeitsverhältnisse, über Versetzungen, vorsorgliche Massnahmen, den Rechtsschutz und den Datenschutz. ² Sie regeln ausserdem die Rechte und Pflichten der Angestellten, insbesondere den Anspruch auf Lohn, Ferien und Urlaub, die Entschädigung bei unverschuldeter Entlassung sowie die Mitwirkungsrechte.
Lohnzuschläge	Art. 121 Zur Anwerbung oder Erhaltung von besonders befähigten Angestellten, die ein besonders verantwortungsvolles Arbeitsgebiet betreuen und nicht vom Volk gewählt werden, kann der Stadtrat Zuschläge zum Lohn bis auf einen Fünftel, der Gemeinderat bis auf einen Drittel des Höchstbetrags gewähren.

⁷ vom 14. Juni 1981, LS 851.1.



6. Teil: Weitere Stellen

I. Finanzkontrolle

Aufgabe, Unabhängigkeit

Art. 122 ¹ Die Finanzkontrolle prüft den Finanzhaushalt der Stadt und erstattet dem Stadtrat, dem Gemeinderat und dem Bezirksrat darüber Bericht.

² Sie ist unabhängig.

³ Der Gemeinderat regelt die Einzelheiten in einer Verordnung.

II. Wahlbüro

Zentralwahlbüro

Art. 123 ¹ Das Zentralwahlbüro besteht aus je einer Vertreterin oder einem Vertreter der Kreiswahlbüros und der Stadtpräsidentin als Vorsitzender oder dem Stadtpräsidenten als Vorsitzendem.

² Die Stadtschreiberin oder der Stadtschreiber besorgt das Sekretariat.

³ Das Zentralwahlbüro erwahrt aufgrund der Auswertungsergebnisse der Kreiswahlbüros die Abstimmungs- und Wahlergebnisse.

⁴ Die Abstimmungs- und Wahlergebnisse werden innert kurzer Frist veröffentlicht.

Kreiswahlbüros

Art. 124 ¹ In jedem Wahlkreis besteht ein Kreiswahlbüro.

² Die Kreiswahlbüros besorgen die Aufgaben, die das Gesetz über die politischen Rechte dem Wahlbüro zuweist, soweit nicht ein anderes Organ zuständig ist.

III. Betreibungsämter und Friedensrichterämter

Betreibungsbeamtinnen oder Betreibungsbeamte
a. Aufgaben

Art. 125 Die Betreibungsbeamtinnen oder Betreibungsbeamten (Stadtamtsfrauen oder Stadtammänner):

a. besorgen die ihnen gemäss eidgenössischer und kantonaler Gesetzgebung zukommenden Aufgaben;

b. führen die freiwilligen Versteigerungen durch.

b. Anstellung

Art. 126 ¹ Das Anstellungsverhältnis richtet sich nach den Bestimmungen des Personalrechts.

² Dem Stadtrat kommen die aufsichtsrechtlichen Befugnisse einer Anstellungsinstanz zu.

c. Neubeurteilung von Anordnungen

Art. 127 Bei Anordnungen der Betreibungsbeamtinnen oder Betreibungsbeamten (Stadtamtsfrauen oder Stadtammänner) in Anwendung des Personalrechts kann beim Stadtrat ein Begehren um Neubeurteilung gestellt werden.

d. Amtszimmer

Art. 128 Das Amtszimmer wird vom Stadtrat bestimmt.

Friedensrichterinnen oder Friedensrichter

Art. 129 ¹ Die Friedensrichterinnen oder Friedensrichter sind Schlichtungsbehörde gemäss der Schweizerischen Zivilprozessordnung⁸, soweit nichts anderes bestimmt ist.

² Die Entlohnung richtet sich nach den Bestimmungen des Personalrechts.

Kosten, Budget und Rechnung

Art. 130 ¹ Die Stadt trägt die Kosten der Betreibungsämter (Stadtammänner) und der Friedensrichterämter.

² Die Betreibungsbeamtinnen oder Betreibungsbeamten (Stadtamtsfrauen oder Stadtammänner) und die Friedensrichterinnen oder Friedensrichter unterbreiten dem Stadtrat das Budget und die Rechnung.

⁸ vom 19. Dezember 2008, SR 272.



	IV. Ombudsstelle
Aufgaben	Art. 131 ¹ Die Ombudsperson vermittelt im Verkehr zwischen verwaltungsexternen Personen sowie städtischen Angestellten einerseits und der Stadtverwaltung anderseits. ² Sie prüft Beschwerden, die gegen die Stadtverwaltung erhoben werden. ³ Sie kann auch von sich aus tätig werden.
Inanspruchnahme, Kostenlosigkeit	Art. 132 ¹ Jede natürliche oder juristische Person, die daran ein Interesse hat, kann die Dienste der Ombudsperson in Anspruch nehmen. ² Die Dienste der Ombudsperson sind kostenlos.
Unabhängigkeit, Organisation	Art. 133 ¹ Die Ombudsperson ist in ihrer Tätigkeit unabhängig. ² Sie regelt das Verfahren und ernennt die Angestellten der Ombudsstelle.
Stellvertretung	Art. 134 ¹ Die Stellvertreterin oder der Stellvertreter übernimmt bei längerer, ausserordentlicher Abwesenheit alle Aufgaben und Befugnisse der Ombudsperson. ² Der Gemeinderat regelt die Entschädigung.
Verfahren, Schweigepflicht, Amtsgeheimnis	Art. 135 ¹ Die Ombudsperson klärt ab, ob die Stadtverwaltung nach Recht und Billigkeit verfährt. ² Sie kann jederzeit von der Stadtverwaltung schriftliche oder mündliche Auskünfte einholen, Besichtigungen durchführen und die Akten beiziehen. ³ Behördenmitglieder und Angestellte sind der Ombudsperson gegenüber von der Schweigepflicht entbunden. ⁴ Die Ombudsperson wahrt das Amtsgeheimnis, soweit es schutzwürdige öffentliche oder private Interessen gebieten.
Stellungnahmen	Art. 136 ¹ Die Ombudsperson nimmt nach Abschluss des Verfahrens zur untersuchten Angelegenheit in geeigneter Weise Stellung, hat aber keine Entscheidungs- und Weisungsbefugnis. ² Die Stellungnahmen der Ombudsperson werden den Beteiligten, der vorgesetzten Verwaltungsbehörde und nach ihrem Ermessen auch weiteren Stellen zur Kenntnis gebracht.
Berichterstattung	Art. 137 ¹ Die Ombudsperson erstattet dem Gemeinderat mindestens einmal jährlich Bericht über ihre Geschäftsführung. ² Sie kann darin auf Mängel im geltenden Recht und in der Verwaltungstätigkeit hinweisen und Änderungen oder Verbesserungen anregen.
	V. Datenschutzstelle
Aufgaben, Organisation	Art. 138 ¹ Die Aufgaben und Befugnisse der oder des Datenschutzbeauftragten richten sich nach den kantonalen Datenschutzerlassen sowie nach einer Verordnung des Gemeinderats. ² Die Stellvertretung der oder des Datenschutzbeauftragten wird vom Gemeinderat geregelt.

7. Teil: Öffentliche Anstalten

I. Vorsorgestiftung

Aufgaben, Organisation	<p>Art. 139 ¹ Die berufliche Vorsorge des Personals und der Behördenmitglieder soll für die Versicherten zu einem angemessenen Schutz gegen die wirtschaftlichen Nachteile von Alter, Invalidität und Tod führen.</p> <p>² Sie erfolgt durch die von der Stadt errichtete öffentlich-rechtliche Vorsorgestiftung.</p>
Stiftungsurkunde, Beiträge	<p>Art. 140 ¹ Der Gemeinderat erlässt die Stiftungsurkunde.</p> <p>² Er legt aufgrund eines Vorschlags der Vorsorgestiftung die Beiträge der Stadt und der städtischen Versicherten fest.</p>
Arbeitgebervertretung	<p>Art. 141 ¹ Der Stadtrat wählt die städtischen Arbeitgebervertretungen im Stiftungsrat der Vorsorgestiftung.</p> <p>² Er ist befugt, die Versicherung einzelner Personalgruppen und Behördenmitglieder bei einer anderen Vorsorgeeinrichtung zu bewilligen.</p>

II. Unfallversicherung

Organisation	<p>Art. 142 ¹ Die Stadt führt eine Unfallversicherung in Form einer öffentlich-rechtlichen Anstalt mit eigener Rechtspersönlichkeit.</p> <p>² Der Gemeinderat regelt die Grundzüge der Organisation in einer Verordnung.</p> <p>³ Im Übrigen erlässt der Stadtrat die massgebenden Bestimmungen.</p>
--------------	---

III. Asyl-Organisation

Organisation	<p>Art. 143 ¹ Die Stadt führt die Asyl-Organisation Zürich (AOZ) in Form einer öffentlich-rechtlichen Anstalt mit eigener Rechtspersönlichkeit.</p> <p>² Der Gemeinderat regelt die Grundzüge der Organisation in einer Verordnung und übt die Oberaufsicht aus.</p>
Organe	<p>Art. 144 ¹ Die obersten Organe der AOZ sind der Verwaltungsrat, die Direktion und die Kontrollstelle.</p> <p>² Der Verwaltungsrat ist unter der Aufsicht des Stadtrats für die strategische Führung der AOZ zuständig.</p> <p>³ Er erlässt mit Genehmigung des Stadtrats die erforderlichen Reglemente und ist anstandsinterne Neubeurteilungsinstanz, soweit nicht die Sozialbehörde zuständig ist.</p> <p>⁴ Die Direktion ist für die operative Führung der AOZ zuständig.</p>
Aufgaben	<p>Art. 145 ¹ Die AOZ nimmt die Aufgaben im Asylbereich wahr, zu denen die Stadt durch übergeordnetes Recht verpflichtet ist.</p> <p>² Sie erfüllt Aufgaben im Rahmen von Leistungsvereinbarungen mit Dritten.</p> <p>³ Sie leistet Betreuung für anerkannte Flüchtlinge und erbringt Dienstleistungen im Bereich der Integration.</p>
Finanzierung	<p>Art. 146 Die für die Stadt erbrachten Leistungen werden mittels Steuern, die Leistungen für Dritte nach dem Verursacherprinzip finanziert.</p>
Arbeitsverhältnisse	<p>Art. 147 ¹ Die Arbeitsverhältnisse des Personals sind öffentlich-rechtlich und richten sich nach den Bestimmungen des Personalrechts.</p> <p>² Die AOZ kann mit Genehmigung des Stadtrats hinsichtlich des Lohns, der Arbeitszeit, der Ferien sowie der Beendigung des Arbeitsverhältnisses abweichende Bestimmungen festlegen, soweit dies aus betrieblichen Gründen erforderlich ist.</p>

³ Sie kann mit Genehmigung des Stadtrats mit den Personalverbänden Gesamtarbeitsverträge abschliessen.

IV. Kongresshaus-Stiftung

Organisation	<p>Art. 148 ¹ Unter dem Namen Kongresshaus-Stiftung Zürich besteht eine öffentlich-rechtliche Anstalt mit eigener Rechtspersönlichkeit.</p> <p>² Der Gemeinderat regelt die Grundzüge der Organisation in einer Verordnung und übt die Oberaufsicht aus.</p> <p>³ Der Stadtrat nimmt die allgemeine Aufsicht wahr.</p>
Organe	<p>Art. 149 ¹ Die obersten Organe der Stiftung sind der Stiftungsrat und die Prüfstelle.</p> <p>² Der Stiftungsrat kann Reglemente erlassen.</p>
Aufgaben	<p>Art. 150 ¹ Zweck der Stiftung ist die Bereitstellung und der Betrieb eines Kongress- und Konzertgebäudes am General-Guisan-Quai.</p> <p>² Die Stiftung kann den Betrieb des Gebäudes ganz oder teilweise vertraglich an Dritte übertragen.</p> <p>³ Sie verfolgt keine Gewinnabsicht.</p>
Finanzierung	<p>Art. 151 Die Stiftung finanziert die Bereitstellung und den Betrieb durch Entgelte der Nutzenden des Kongressgebäudes und der Tonhalle, damit die Kosten für den langfristigen Erhalt des Gebäudes möglichst gedeckt werden.</p>
8. Teil: Umsetzung von Aufgaben und Zielen	
Reduktion CO ₂ -Ausstoss	<p>Art. 152 Für die Reduktion des CO₂-Ausstosses auf eine Tonne pro Einwohnerin oder Einwohner und Jahr setzt die Stadt das Jahr 2050 als Ziel.</p>
Beteiligung an Atomkraftwerken	<p>Art. 153 ¹ Die Beteiligung der Stadt an Atomkraftwerken sowie der Bezug von Atomstrom sind längstens bis zum Jahr 2034 zulässig.</p> <p>² Der Stadtrat wird ermächtigt, die bestehenden Beteiligungen des Elektrizitätswerks der Stadt Zürich (ewz) an der Kernkraftwerk Gösgen-Däniken AG (KKG) und an der Aktiengesellschaft für Kernenergiebeteiligungen Luzern (AKEB) zu verkaufen.</p>
Verkehr	<p>Art. 154 ¹ Der prozentuale Anteil des öffentlichen Verkehrs, des Fuss- und des Veloverkehrs am gesamten Verkehrsaufkommen in der Stadt soll bis 24. Oktober 2022 um mindestens zehn Prozentpunkte erhöht werden; massgebend sind dabei die zurückgelegten Wege auf Stadtgebiet bezüglich des Gesamtverkehrs.</p> <p>² Die Stadt trifft dazu die notwendigen Massnahmen und veröffentlicht jährlich einen Zwischenbericht.</p> <p>³ Zur Umsetzung von Art. 12 realisiert die Stadt bis spätestens zehn Jahre nach Inkrafttreten dieser Bestimmungen ein Netz aus sternförmigen sowie tangentialen Veloschnellrouten mit einer Länge von insgesamt mindestens fünfzig Kilometern.</p> <p>⁴ Die Stadt veröffentlicht bis zur Erreichung dieses Ziels einen jährlichen Zwischenbericht.</p>
Gemeinnütziger Wohnungsbau	<p>Art. 155 Für das Erreichen von einem Drittel des Mietwohnungsbestands im Eigentum von gemeinnützigen Wohnbauträgerinnen oder Wohnbauträgern setzt die Stadt das Jahr 2050 als Ziel.</p>



28 / 28

9. Teil: Schlussbestimmungen

Aufhebung bisherigen Rechts	Art. 156 Die Gemeindeordnung vom 26. April 1970 wird aufgehoben.
Übergangsbestimmung	Art. 157 Die Wohnsitzpflicht gemäss Art. 26 gilt nicht für Friedensrichterinnen oder Friedensrichter sowie für Betreibungsbeamtinnen oder Betreibungsbeamte (Stadtamtsfrauen oder Stadtammänner), die vor dem 1. Januar 2022 in ihr Amt gewählt worden sind und ihren Wohnsitz zu diesem Zeitpunkt ausserhalb der Stadt hatten.
Inkrafttreten	Art. 158 Der Stadtrat setzt diese Gemeindeordnung nach der Genehmigung durch den Regierungsrat in Kraft.

Mitteilung an den Stadtrat sowie amtliche Publikation am 17. März 2021 gemäss Art. 10 der Gemeindeordnung

Im Namen des Gemeinderats

Präsidium

Sekretariat